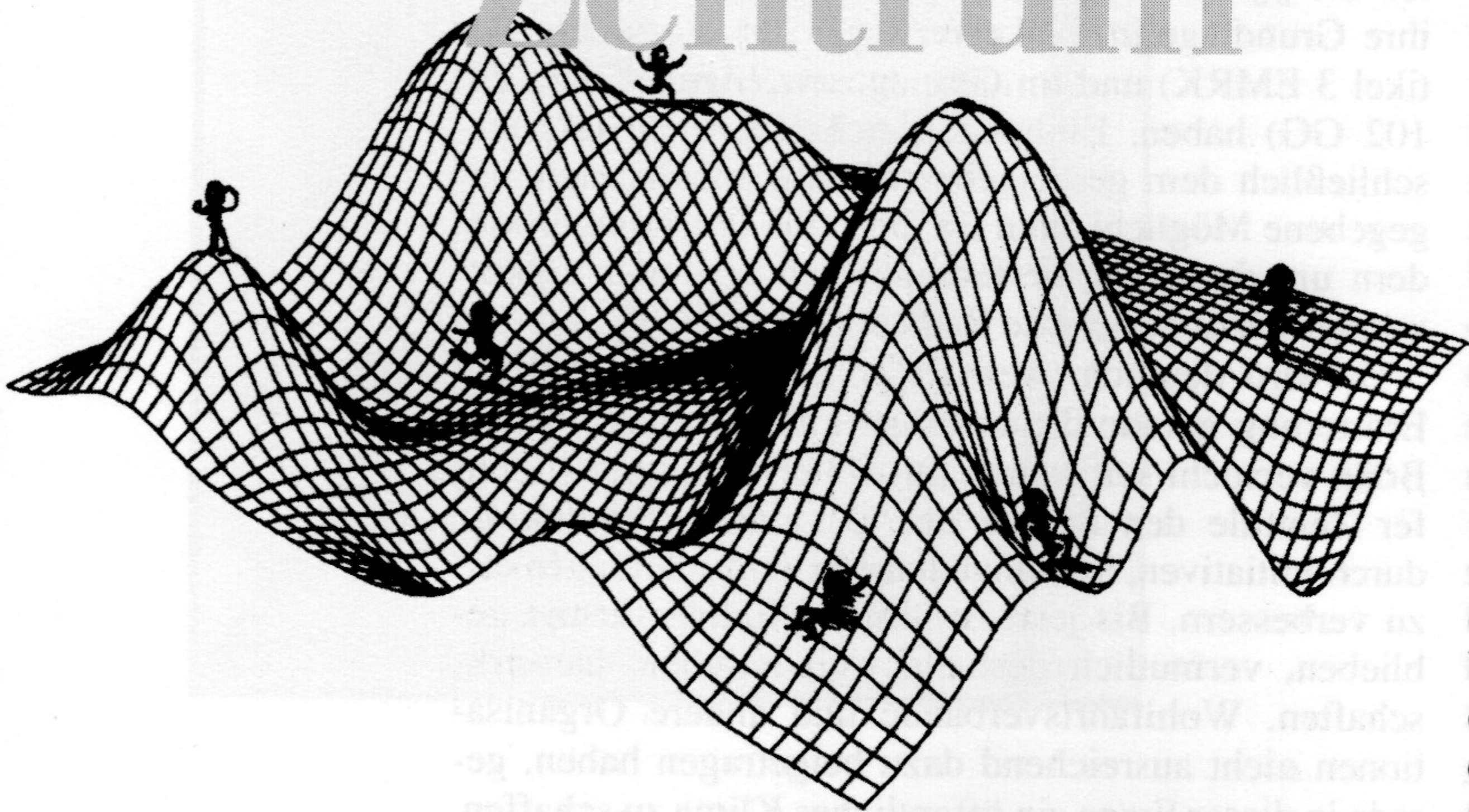


Das System verliert sein

Zentrum



Über die Schwierigkeiten
heutiger Politik – Teil 2

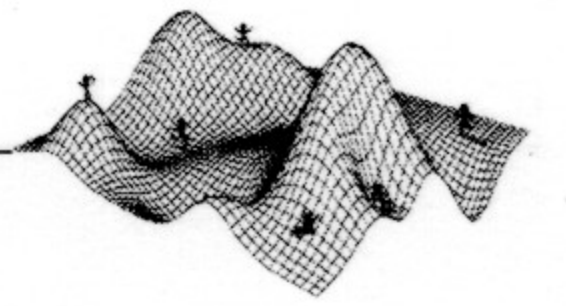
Martin Hartmann

Gegen diese Tendenz stellt sich der auf das Gesamtsystem gerichtete Universalismus. Die Auseinandersetzung mit den vielen ungelösten und möglicherweise unlösbaren Problemen erscheint aus dieser Sicht unsinnig; das System und seine Regeln müssen vereinfacht werden. Der Neoliberalismus verbindet sich mit einem autoritären Rigorismus. Jede Regel und Verrechtlichung schadet der Kreativität und der Leistungsbereitschaft; jede Komplikation der gesellschaftlichen Organisation soll vermieden werden, damit die zentrale Steuerung effektiver greifen kann. Während die eine Richtung ihren Schwerpunkt auf die Vereinfachung zum Zwecke der Entwicklung der Individualität und Wirtschaft legt, zielt die andere auf eine Vereinfachung zum Zwecke der Kontrolle des Systems und seiner Abläufe.

Unter anderem aus einer solchen auf Vereinfachung gerichteten Sichtweise speist sich auch der „neue“ Rechtsextremismus, der die multikulturelle Gesellschaft mit ihren vielen Fremdheiten beseitigen, das „Fremde“ ausschalten will. Er ist deshalb im wesentlichen auf einer Ablehnung von bestimmten Personengruppen zugeschriebenen ethnisch-kulturellen Vorstellungen begründet, und nicht wie der „alte“ Rechtsextremismus auf dem Begriff der „Rasse“. Der Nationalsozialismus konnte „die Rasse“ als Kategorie verwenden, weil er davon ausging, daß es „Volksorganismen“ gebe, die in Konkurrenz zueinander stünden. Sie hätten sich in ihren Eigenschaften über die Jahrtausende „der Evolution“ herausgebildet und würden verschieden fortgeschrittene Stadien dieser Evolution darstellen. In den gesellschaftlichen Organismen sollten nach der „alten“ Vorstellung die Individuen jeder durch seine körperliche Disposition, durch seine Begabungen an einen bestimmten Platz gestellt sein, damit der „Volkskörper“ funktioniere: der Führer als Führer, der Arbeiter als Arbeiter, die Frau als Gebärende und so fort.¹⁷ Der Ursprung des „Volkskörpers“ oder „organismus“ konnte in den mythischen Geschichten zum Beispiel der alten Heldensagen nachvollzogen werden.

Heute ist der biologische „Organismus“ als Begriff aber keine Hauptkategorie mehr. Der Organismus ist ein „System“ wie andere Systeme. Die Systeme sind nicht alle gleich. Sie unterscheiden sich in ihrer Struktur, ihrer Funktion oder auch ihrer Offenheit. In der heutigen Gesellschaft ist niemand einfach an seinen oder ihren Platz gestellt. Durch die Flexibilisierung der Gesellschaft, ihre ständige Umorganisation, durch die von den Individuen geforderte individuelle Mobilität kann die Analogie mit dem lebenslang stabilen „gesunden Körper“, in dem das Steuerorgan Gehirn ebenso wichtig ist wie das den Fremdkörper ausschaltende Lymphozyt, und in dem alle ihre lebenslängliche Funktion einnehmen müssen, nicht mehr greifen. Die Gesellschaft ist also eine andere Art von System als der Organismus.

Die Definition des „Systembegriffs“ sieht das System (trotz möglicherweise vorhandener Durchlässigkeit seiner Grenzen) als eine abgeschlossene Struktur, die funktionieren soll. Es kann in der Sicht des „neuen“ Rechtsextremismus nicht funktionieren, wenn es zu viele verschiedene aus anderen kulturellen Perspektiven entspringende Bedürfnisse und Interessen befriedigen muß und wenn seine begrenzten Ressourcen überstrapaziert werden. „Die Fremden“ scheinen hiernach die Organisation des Systems zu verkomplizieren, und sie zerstören die Entscheidungsstrukturen und führen eine Paralyse herbei. Sie überfordern außerdem die vorhandenen Kapazitäten des Systems¹⁸ und die „Leidensfähigkeit“ des „deutschen Volkes“. Die Argumentation



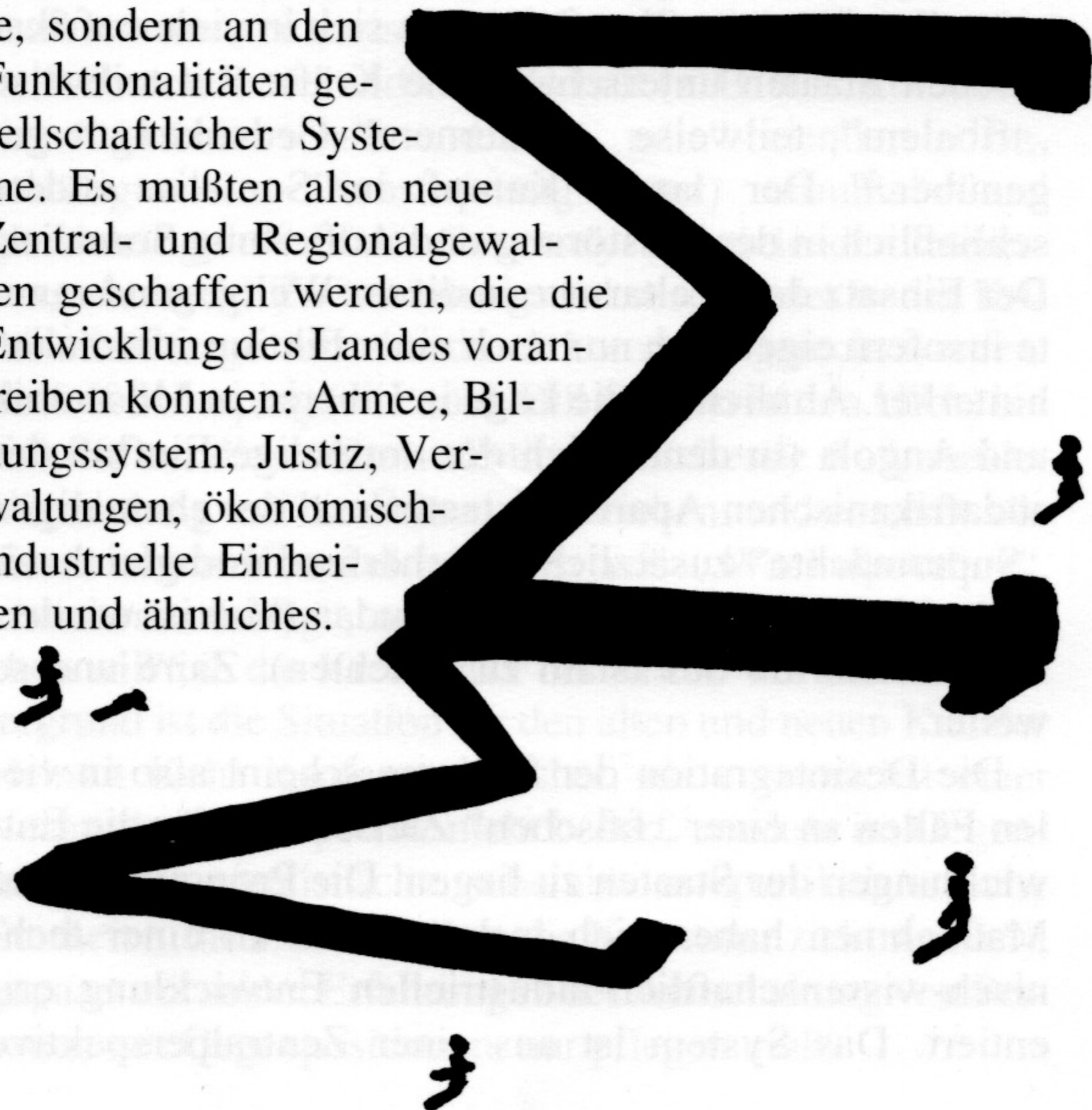
gegen die jüdischen Mitglieder der Gesellschaft richtet sich demgemäß in erster Linie nicht gegen ihre „Rasse“, sondern gegen den ihnen zugeschriebenen immer wieder von neuem vorgebrachten Schuldvorwurf des Holocaust. Mit diesem Schuldvorwurf behindern sie die Entfaltung des Systems „Deutschland“ im Interesse der Deutschen in der Welt. Der Schuldvorwurf ist permanent. Deshalb muß die Schuld (z. B. als Auschwitz-„Lüge“) geleugnet und das Geschichtsbild revidiert werden. Da es nicht revidiert ist und die Revision von „den JüdInnen“ und anderen aus dieser Sicht im Grunde „Undeutschen“ bekämpft wird, ist schon mit der Existenz der Gruppe „der JüdInnen“ der Vorwurf existent, weil er unwillkürlich die Erinnerung hervorruft. Der „neue“ Rechtsextremismus kann in seiner Argumentation also, indem er sich auf alte Feindschaften gegen alles „Fremde“ und das System „Deutschland“ Behindernde bezieht, zu gleichen Konsequenzen führen. Trotz anderer Begründungen, trotz des Fehlens mythischer Grundlagen ist auch er rassistisch, weil er sich auf „einfache“ Identifikationsmerkmale wie die Hautfarbe und das Aussehen richtet, und er ist gegen „die Fremden“ und „die Schwachen“ gewalttätig. Diese Gewalttätigkeit kann sich dabei auf die oben diagnostizierte Orientierungslosigkeit der im Gesamt- oder in Subsystemen nicht eingebundenen Jugendlichen stützen, die im Kampf gegen die angebliche Unübersichtlichkeit und Unsteuerbarkeit des Systems produzierenden Gruppen (von „Fremden“, Intellektuellen und Behinderten) auch nach der Authentizität ihres Selbst oder ihrer Erlebnisse suchen können.

Der Rechtsextremismus zerstört mit seinem Vorgehen, wie es auch die gegenwärtige auf die zentrale Steuerung der Gesellschaft setzende Bundesregierung im Zuge einer „Vereinfachung“ der gesellschaftlichen Verhältnisse aktiv oder durch ihre Untätigkeit passiv betreibt, eben die in vieler Hinsicht diffizil aufeinander abgestimmten gesellschaftlichen Strukturen. Er unterstützt damit selbst die krisenhafte Entwicklung des Systems, die er vorgibt zu bekämpfen.

Die genannten Konsequenzen einer Zerstörung von Systemstrukturen ist gegenwärtig anhand vieler Beispiele zu studieren. Viele Länder zerfallen nämlich trotz gegenteiliger Bemühungen einer autoritären Politik aufgrund mangelnder Integration. Der Zerfall des jugoslawischen Staates ging mit einer Kritik reformerischer Kräfte in den Republiken gegenüber der Zentralgewalt einher. Sie machte sich insbesondere an der wirtschaftlichen Entwicklung Gesamtjugoslawiens und (wie in Italien) an der Rückständigkeit des Südens gegenüber dem Norden fest. Dieser Kritik konnte die Zentralgewalt nicht adäquat begegnen, und sie versuchte sie zu unterdrücken. Die Unterdrückung löste aber die Probleme nicht, sondern ließ sie über Jahre und Jahrzehnte schwelen. Noch als die Republiken eine größere Selbständigkeit gegenüber der Zentrale verlangten, wäre eine friedliche Lösung und ein Erhalt des jugoslawischen Staates möglich gewesen. In der Zentrale aber verbanden sich partikuläre Interessen (u. a. des serbisch dominierten, weniger industriell geprägten Südens) mit dem universalistischen Anspruch des Erhalts des sozialistischen Systems. Die Armee versuchte so die Autonomiebestrebungen der Republiken zu unterdrücken und brachte sie dadurch erst recht dazu, sich gänzlich vom Gesamtsystem des jugoslawischen Staates

zu trennen, sich für unabhängig zu erklären. Den Anspruch des Erhalts des Gesamtsystems mußte die jugoslawische Armee unterdessen aufgeben (auch wenn Jugoslawien als „Rest“-Jugoslawien weiter existiert). Dadurch wurde die Begründung des Konflikts verlagert. Sie zielt nun auf den Schutz von Volksgruppenangehörigen, die aber in vielen Teilen des ehemaligen Jugoslawien nicht territorial, ja manchmal nicht einmal als Familieneinheiten voneinander zu trennen sind. So kann sich der Schutz nicht einfach auf ethnische Gruppen beziehen, sondern muß auch die religiösen Vorstellungen einbeziehen. Die vormalige Integration der regionalen Gesellschaften ist offensichtlich nur sehr schwer aufzuheben und sie findet deshalb m.E. besonders gewalttätig statt, denn nur durch den geschürten Haß läßt sich die Abgrenzung der vormaligen Gesellschaftsmitglieder voneinander begründen. Die Konflikte, die sich aus der durch die Unterdrückung der Systemglieder einsetzende Systemdesintegration ergeben haben, sind aber durch die Vorantreibung der Desintegration ebenso nicht zu bewältigen. Einen anderen Weg ist hier die ehemalige Tschechoslowakei gegangen, aus der sich die Tschechische und die Slowakische Republik gegründet haben. Sie haben bis heute eine gewisse Integration ihrer Gesellschaften aufrechterhalten und die Probleme und Widersprüche, die aus der Desintegration entstehen, abgemildert (vielleicht weil nicht die Slowakei dominierend war – wie in Jugoslawien Serbien –, sondern Tschechien, und weil mit Václav Havel ein weitsichtiger Präsident vermittelte).

Für viele Länder des Südens, insbesondere Afrikas, sind ähnliche Probleme der Desintegration festzustellen. Unterschiede ergeben sich zu den europäischen Ländern insofern, als in Afrika vor der Kolonisierung kaum Staaten existierten und sie auch während der Kolonialzeit nicht den Interessen der Bevölkerung dienten, sondern denen auswärtiger Mächte. Nach der Entkolonialisierung und Befreiung der Länder haben die auf einen Staat setzenden Kräfte versucht, die Gesellschaften massiv zu modernisieren und sie auf einer den vormalig existierenden Stammesstrukturen entgegelaufenden und übergeordneten Ebene zu integrieren. Dies bedeutete zunächst ein Programm der Desintegration der traditionellen (tribalen) Gesellschaften und das Versprechen einer Modernisierung im Sinne der europäischen Systemgesellschaften, die sich nicht an Zugehörigkeiten von Gruppen orientieren sollte, sondern an den Funktionalitäten gesellschaftlicher Systeme. Es mußten also neue Zentral- und Regionalgewalten geschaffen werden, die die Entwicklung des Landes vorantreiben konnten: Armee, Bildungssystem, Justiz, Verwaltungen, ökonomisch-industrielle Einheiten und ähnliches.



OWEISS

Armeen waren durch die Organisation und Führung der Befreiungskriege meist vorhanden, ebenso die überkommenen Kolonialverwaltungen, die Justiz und ein Bildungswesen. Letztere waren aber auch im wesentlichen kolonial geprägt und mußten den neuen Bedürfnissen angepaßt werden. Das hieß, daß (statt einer Ausbildung weniger) große Alphabetisierungskampagnen durchgeführt werden mußten, um die nötigen Kräfte aus der Bevölkerung an entsprechende Aufgaben herführen zu können und ein höheres und breit angelegtes Bildungsniveau zu erreichen. Gleichzeitig mußten die wirtschaftlichen Bedingungen, die Industrie gefördert werden. Dies konnte mangels ausgebildeter Kräfte und finanzieller Ressourcen oft nur durch ausländisches Kapital und SpezialistInnen geschehen. Die eingeleiteten Maßnahmen griffen aus verschiedenen Gründen in vielen Fällen offensichtlich nicht. Einerseits kam die Desintegration der traditionellen Gesellschaften und die Integration ihrer Mitglieder in der neuen Gesellschaft unter neuen Gesichtspunkten nicht im gewünschten Maße voran,¹⁹ weil Desintegration auch Verleugnung der Herkunft, der Kultur und Verlust sozialer Sicherheiten und somit Härte gegenüber den Individuen bedeutet; andererseits führte die Umsetzung der Programme zu ungleichgewichtigen Entwicklungen der Systeme, zu Verschuldungen und neuen Abhängigkeiten gegenüber dem Ausland. Der Orientierung an den europäischen Gesellschaftsmodellen (einschließlich der USA oder der Sowjetunion) und den Erfordernissen eines „modernen“ Staates folgte eine Konzentration der Bildungsmaßnahmen auf den allgemeinbildenden Sektor und eine Vernachlässigung kleinerer (scheinbar rückständiger weil traditionaler oder „kleinbürgerlicher“ Vorstellungen verhafteter und im Sinne einer rationalen industriellen Großproduktion zu überwindender) Produktionseinheiten. Der moderne Staat war insofern in vielerlei Hinsicht auf Sand gebaut. Indem er immer mehr Ressourcen zu seinem Aufbau auffraß, drückte er große Teile der Bevölkerung in einen „informellen Sektor“. Er betrieb damit erneut eine Desintegration, die nun aber ihn selbst in seiner Existenz in Frage stellte. Die Gesellschaft oder genauer die Gesellschaften orientierten sich erneut an den Resten der überkommenen Strukturen. Sie stellten sich damit jedoch gegen die inzwischen vorhandenen Instanzen der „modernen“ Gesellschaft wie die Armee, die ihre eigene Existenz und die Existenz eines Staates nicht in Frage stellen lassen wollte. So stehen sich in vielen afrikanischen Staaten unterschiedliche Kräfte mit teilweise „tribalem“, teilweise „modernem“ Gedankengut gegenüber.²⁰ Der lange Kampf in Somalia endete schließlich in der Zerstörung und Aufteilung Somalias. Der Einsatz der Weltarmee in dieser Weltgegend rannte insofern eigentlich nur noch einer Fiktion „Somalia“ hinterher. Ähnlich ist die Lage in Liberia, in Mosambik und Angola (in denen sich der vormalige Einfluß des südafrikanischen Apartheidstaates und der ehemaligen „Supermächte“ zusätzlich verschärfend und gleichzeitig befriedend geltend machte), Sudan (hier ist wiederum der Einfluß des Islam zu beachten), Zaire und so weiter.

Die Desintegration der Systeme scheint also in vielen Fällen an einer „falschen“ Zielsetzung für die Entwicklungen der Staaten zu liegen. Die Programme und Maßnahmen haben sich insbesondere an einer technisch-wissenschaftlich-industriellen Entwicklung orientiert. Das System ist aus einer Zentralperspektive

heraus dabei auf ökonomische und andere Zentraldaten (wie Bruttosozialprodukt, Bevölkerungswachstum, Kalorienbedarf und -produktion usw.) reduziert worden. Dies hat zu einer massiven Desintegration der traditionellen Gesellschaften bei gleichzeitig nicht möglicher Integration in den modernen Sektor der Staatsgesellschaft geführt. Die regionalen Ungleichgewichte bei der Entwicklung des Gesellschafts-Systems haben eine massive Landflucht und ein Heranwachsen von Millionenstädten bewirkt, die aber in vielerlei Hinsicht einer Organisation entbehren. Der mit der zentralplanerischen Katastrophe der östlich-sozialistischen Gesellschaften einhergehende Verlust utopischer Gesellschaftsmodelle läßt das Versprechen einer Modernisierung im Sinne einer sozial-integrierten Gesellschaft unwirklich werden. Zurück bleibt das Trümmerfeld der Experimente staatlicher Interventionen und marktwirtschaftlicher Konkurrenzwirtschaften.

Während es in den Ländern des Südens und Ostens angesichts des Raubbaus an Mensch und Natur aber kaum noch Ressourcen gibt, eine Systemintegration zu ermöglichen, und sich allerorten neue Einheiten finden, die sich oft auf ethnische Gemeinsamkeiten beziehen und dabei ihre Konflikte mit den anderen Gruppen teilweise auf gewalttätig-grausame Art ausfechten, sind die europäischen Gesellschaften noch in der glücklichen Lage, Ressourcen zu besitzen, die sie sich aber nicht durch eine zentralistisch-desintegrierende, weil auf „Vereinfachung“ setzende Politikerkaste, die, wie im Osten Deutschlands geschehen, auf Kahlschlag setzt, entwinden lassen sollten.

Die gegenwärtige weltweite Situation der Desintegration und Unordnung, die wachsende Zahl der Kriege und die durch den Wegfall einer prinzipiellen Richtungsentscheidung zwischen sozialistischer Planwirtschaft und sozialer Marktwirtschaft erzeugte Orientierungslosigkeit bei der Steuerung des Systems (die in Krisenzeiten besonders zum Ausdruck kommt, in der wirtschaftlichen Aufschwungphase aber einer Angst vor „Experimenten“, die den Aufschwung wieder zunichte machen könnten, Platz macht) schürt auch die Angst vor dem Einbruch der Unordnung in das noch intakte System „Deutschland“ oder „Europäische Union“. Das System muß in dieser Perspektive deshalb nach außen gegen die Gefahr der „Asylantenflut“ abgeschottet werden. Gleichzeitig muß die Welt wieder in Ordnung gebracht werden. Dies kann möglicherweise durch die Schlichtung der Weltkonflikte, durch die Trennung der streitenden Gruppen mittels UNO-Armeeinsätze und durch eine Weltsozialhilfe erreicht werden.²¹ Neben der Lösung der weltweiten Probleme und der Abschottungspolitik muß die Unordnung im Inneren der Gesellschaft vermieden werden. Dies kann möglicherweise durch den Einsatz erfahrener Unternehmensmanager an der Spitze der Gesellschaft, wie es Alberto Fujimori in Peru, Silvio Berlusconi in Italien oder Ross Perot in den USA sein soll(t)en, oder durch das Festhalten an bewährten PolitikerInnen geschehen. Die „UnternehmerInnen“ soll(t)en in den Augen ihrer WählerInnen durch eine straffe zentralistische Führung der Gesellschaft die partikularistische (in Italien und Peru durch Mafia und Korruption, in Peru und den USA durch die rigorose Deregulierung erzeugte) Unordnung in den Griff bekommen.²²

An der systemisch argumentierenden Abschottungspolitik („das Boot ist voll“) zeigt sich erneut eine Kom-

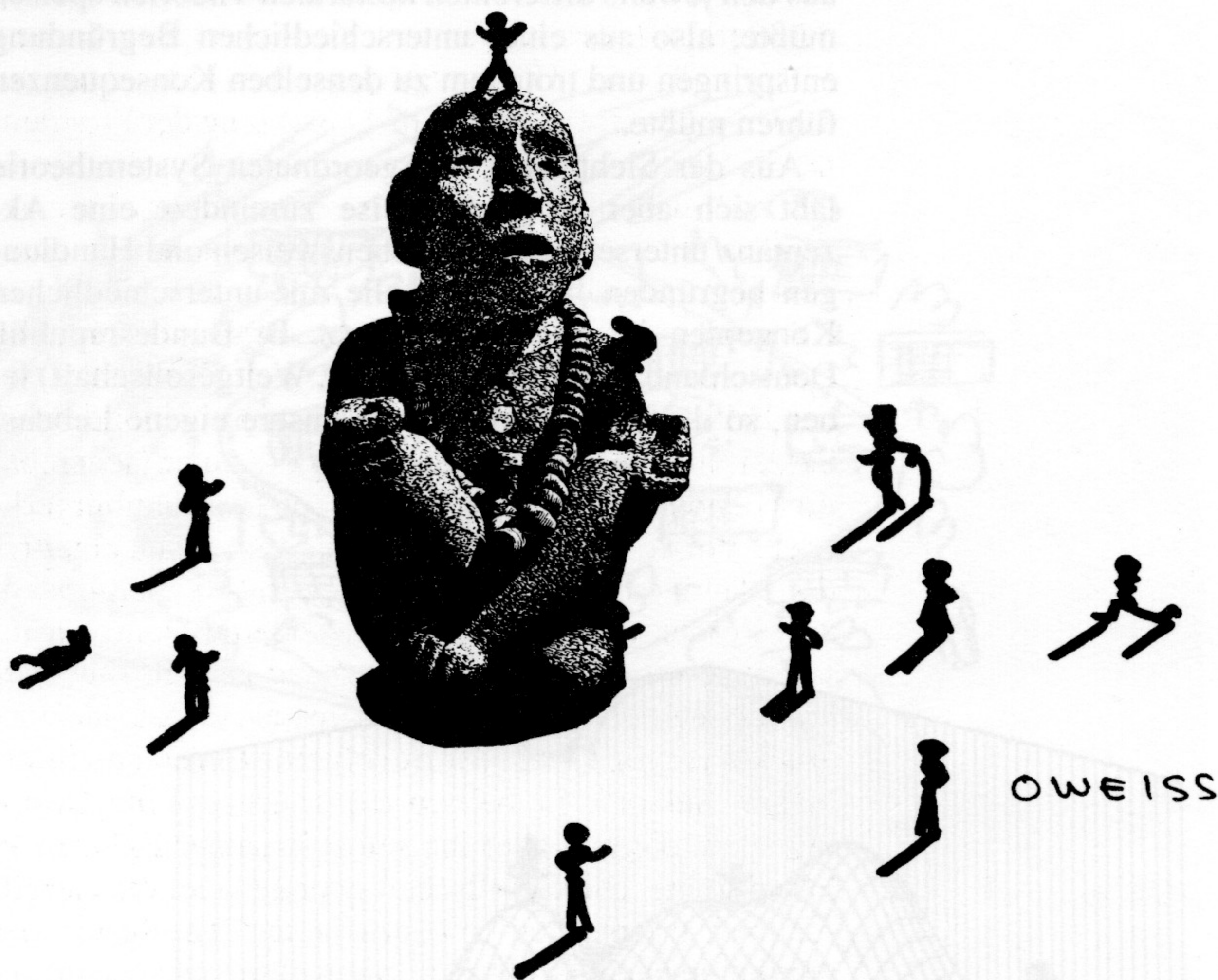
ponente des mit Begriffen wie „Asylantenflut“, „besonders hoher Kriminalitätsrate von Ausländern“ und „Überfremdung“ operierenden „neuen“ Rechtsextremismus (der aus der Mitte der Gesellschaft entspringen oder zumindest bis in sie hineinreichen soll).

Insgesamt lassen sich aufgrund der dargestellten Situation der Systeme und aufgrund der besonderen Perspektive und des besonderen Umgangs mit dem Modell des gesellschaftlichen Systems verschiedene Schlüsse für die Politik in der Bundesrepublik Deutschland ziehen.

Begriffe wie „rechts“ und „links“ haben an Bedeutung verloren. Dies liegt vor allem daran, daß sich ihr Gegensatz zumindest in den sechziger und siebziger Jahren aus den inzwischen im wesentlichen obsolet gewordenen Vorstellungen speiste, daß die Gesellschaft 1. entweder ein System, das entwickelt, oder ein Organismus, der in seinen Bestandteilen konserviert werden müsse, sei oder sie 2. ein System sei, das entweder die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen oder soziale Gesichtspunkte in den Vordergrund rücken müsse. In diesen Konflikten standen sich eindeutig Regierung und Opposition gegenüber (CDU/CSU vertraten jeweils die erste, die SPD jeweils die zweite These). Durch die Differenzierung des gesellschaftlichen Systems erhielten Probleme wie individuelle Freiheit, Umweltschutz, Frauenemanzipation, Menschenrechte und anderes mehr einen größeren Stellenwert. Die politischen Lager verschoben sich. Die ehemalige „Linke“ kann sich nicht mehr auf eine Opposition oder die Einrichtung einer zentral geplanten sozialen Ökonomie beschränken. Sie hat die Interessen und Bedürfnisse der autonomen Individuen und Gruppen, der Minderheiten, der Umwelt entdeckt. Sie hat dabei auch einen Rückgriff auf alte „wertkonservative“ Vorstellungen gemacht. Sie ist sozusagen „nach rechts gerückt“; oder – je nach Perspektive – die alte Linke ist nach rechts gerückt, weil sie das System an die erste Stelle und damit auf autoritäre Entscheidungsstrukturen setzte. Aufgrund der Verschiebungen in den politischen Prioritäten sind heute neue und andere Allianzen möglich geworden. Inzwischen stehen die auf zentrale Lenkung der Wirtschaft und Gesellschaft den auf die Selbstorganisation des Systems setzenden Kräften gegenüber. In diesem Gegensatz gibt es jedoch viele Brüche.

Die CDU/CSU ist auf eine zentrale Lenkung des Staates orientiert, will aber auch den Staatsapparat in diesem Sinne vereinfachen, und übergibt deswegen die für die Lenkungsaufgaben nicht notwendigen Aufgaben und Strukturen (wie den Postdienst) der privaten Wirtschaft. Die FDP hat in ihrer Konzentration auf die Selbstorganisation des Marktes ihren linksliberalen Flügel verloren. Sie konzentriert sich heute im wesentlichen auf die „Leistungsträger“ der Gesellschaft, unter anderem die Kleinunternehmen. Mit der Konzentration auf diese Klientel aber besitzt sie kein Programm. Ein radikaler Abbau staatlicher Strukturen, wie er in neoliberalen Konzepten vorgesehen war, ist ohne große gesellschaftliche Konflikte und damit Unruhen gegenwärtig nicht möglich. In beschränktem Maße aber befürworten auch die CDU und die SPD eine Privatisierung von Staatseinrichtungen, so daß die FDP als profillos erscheint. „Bündnis 90/Die Grünen“ setz(t)en auf die „Bürgerbewegungen“ und Bürgerinitiativen, die Demokratie von unten, auf Umweltschutz und so fort. Sie haben dabei die Minderheiten wie die Mehrheiten, also die besonderen (autonomen) Gruppen

wie das gesamte System, im Auge. Hierbei standen und stehen sie in Opposition zu zentralistischen wie partikularistisch-gruppenegoistisch orientierten Politikkonzepten, so daß sie sich einerseits als linke Opposition, andererseits als in autonomen Strukturen agierende, gesellschaftserhaltende Kraft verstehen können. Dies gilt im wesentlichen aber nur für den Westen. Im Osten haben die Bündnisgrünen nur wenig Chancen, Fuß zu fassen, weil die Komplexität der dortigen Gesellschaft radikal reduziert worden ist, sich in jeglicher Hinsicht gesellschaftlicher Aktivitäten keine eigenständigen Ansätze bilden konnten (sie waren schon immer verdächtig, entweder aus dem alten Regime zu entspringen oder idealistisch zu sein) und die auf die Differenzierung zielenden Positionen dieser Kräfte keine Grundlage finden konnten. Statt dessen ist im Osten entweder Regierung (im Sinne des Westens) oder einfache, „linke“ (realistische und idealistische) Opposition (die die PDS viel besser kann als die Bündnisgrünen) angesagt. Die SPD steht zwischen den verschiedenen Blöcken und gerät dadurch unter den Druck von Zentrali-



stInnen (wie z. B. des „Arbeitnehmersvertreter“ Hermann Rappe oder des niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder)²³ und gesellschaftlichen Gruppen. Sie muß am meisten zwischen den partikulären Gruppen innerhalb von Partei und Gesellschaft (z. B. der „konservativen“ Arbeiterschaft und den „grün“-orientierten Beschäftigten im Dienstleistungssektor) vermitteln und gleichzeitig den auf das Gesamtsystem zielenden Interessen, wie in der Zuwanderungsdiskussion oder in der Kriminalitätsfrage zum Ausdruck kommen, gerecht werden. Rudolf Scharping (wie auch Bill Clinton in den USA) hat sich die aus dieser Konstellation entstehende Aufgabe der Vermittlung auf die Fahne geschrieben, und er gerät wie dieser unter Kennzeichnungen wie „Wackelpudding“, „harmoniesüchtig“, oder „einer, der es allen recht machen will“, in das Kreuzfeuer der Kritik. Vor diesem Hintergrund ist die Situation für den alten und neuen Kanzler Helmut Kohl insofern einfacher, als er zunächst einer Vermittlungskompetenz nicht bedarf, sondern im Gegenteil seine zentralistische, scheinbar antipartikularistische Sturheit („die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter“), gepaart mit seiner Erfahrung in der Ausschaltung von Personen mit Gegenpositionen, nur pflügen muß.

Traditionell „linke“ Politik ist obsolet geworden. Insofern verliert die „Linke“ etwa einen Teil der nach „rechts“ gerückten (weil an alten zentralistischen Positionen festhaltenden) ArbeiterInnenschaft an die „Rechte“. Eine neue (oder neudefinierte „linke“) Politik muß sich dem Problem der Vermittlung zwischen den Individuen, gesellschaftlichen Gruppen, den Institutionen und den „Kreisläufen der Natur“ stellen. Eine autoritäre Politik kann die gesellschaftlichen Probleme nicht lösen. Sie verschärft statt dessen die gesellschaftlichen Konflikte. Doch ist die Frage, auf welcher Grundlage verschiedene gesellschaftliche Gruppen mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen zusammenarbeiten können. Können sie nur zeitlich begrenzte Bündnisse schließen, die sich an taktischen Gesichtspunkten orientieren (wie es in den USA zu sein scheint)? Das Fehlen einer universal zu rechtfertigenden Theorie scheint nichts anderes möglich zu machen. Sie scheint sich auch nicht durch eine „neue Ethik“ ersetzen zu lassen, weil diese sich aus den jeweils differenten kulturalen Theorien speisen müßte, also aus einer unterschiedlichen Begründung entspringen und trotzdem zu denselben Konsequenzen führen müßte.

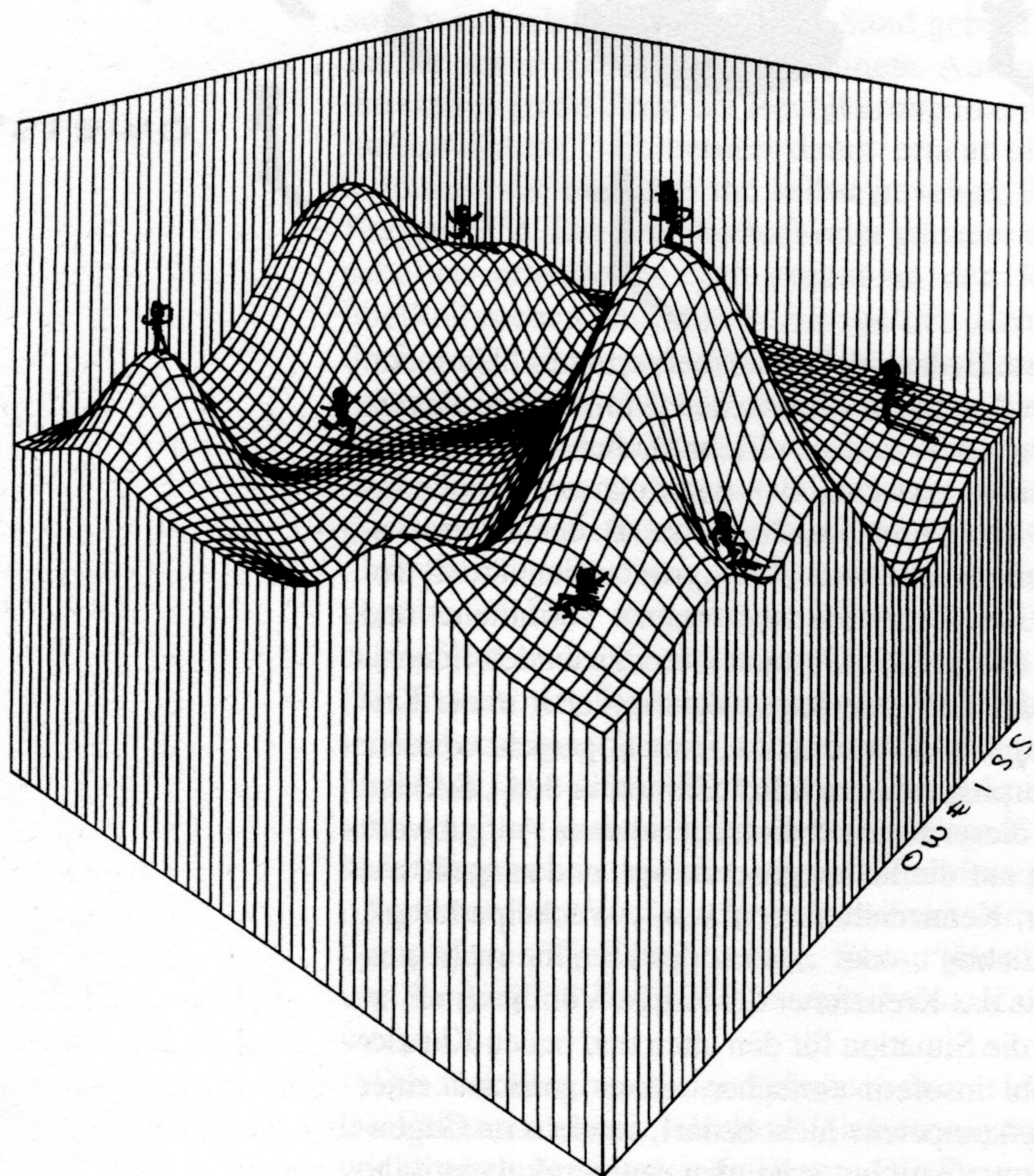
Aus der Sicht einer übergeordneten Systemtheorie läßt sich aber möglicherweise zumindest eine Akzeptanz unterschiedlicher Lebensweisen und Handlungen begründen. Wenn wir alle mit unterschiedlichen Konzepten in *einem* System (z. B. Bundesrepublik Deutschland, Europäische Union, Weltgesellschaft) leben, so dürfen wir, wollen wir unsere eigene Lebens-

weise nicht in Frage stellen lassen, andere auch nicht prinzipiell verwerfen. Es stellt sich vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit einer Vermittlung unserer unterschiedlichen aus den Lebensweisen entspringenden Interessen. Insofern müssen Rahmendaten gesetzt werden, an die sich die Individuen und Gruppen zu halten haben. Werden sie verletzt (etwa indem das Existenzrecht einer Gruppe bezweifelt wird), sollten zentrale Organe gegen eine Verletzung vorgehen können.

Doch besteht weiterhin das Problem, welche gegensätzlichen Positionen sich in der bundesdeutschen oder in der Welt-Gesellschaft noch vermitteln lassen, an welchen Stellen sich eine Akzeptanz anderer kultureller Kontexte vielleicht verbietet. Ist die Verfolgung von KritikerInnen des islamischen Fundamentalismus (Salman Rushdie, Taslima Nasreen), die Abtreibung von weiblichen Föten oder die Vernachlässigung und Tötung weiblicher Kinder oder von Frauen in Indien, die gewaltsame Niederschlagung der Demokratiebewegung in China, die Aushungerung ganzer Bevölkerungsteile im ehemaligen Somalia hinzunehmen? Im Sinne westlicher Kultur lassen sich solche Handlungsweisen nicht akzeptieren. Auseinandersetzungen mit und zwischen den Kulturen und ihren Handlungsweisen tut not. Dabei sind gewaltsame Lösungen von Konflikten abzulehnen (die UNO sollte in diesem Sinne als Vermittlungsorgan weiter ausgebaut werden). Dort, wo Individuen und Gruppen in anderen Kulturen aufgrund „westlicher“ Handlungsweisen verfolgt werden, müssen die westlichen Staaten Verantwortung übernehmen und (wie z. B. im Fall Nasreen) eine Immigration zulassen.

Doch es bleibt weiterhin fraglich, mittels welcher Konzepte denn zentral zu lösende oder anzugehende Probleme bewältigt werden können. Wer entscheidet, welche Lösungskonzepte sich durchsetzen? Hier muß weiterhin das Mehrheitsprinzip der Demokratie entscheiden, wobei auch in diesem Fall Minderheitenpositionen im Sinne von (gesellschaftlichen) Kompromissen Berücksichtigung finden müßten und eine völlige Ausschaltung einer Minderheit sich verbietet.

Eine solche Handlungsweise aber bedarf einer ständigen, umfassend ausgerichteten und immer wieder neu ansetzenden gesellschaftlichen und demokratischen Diskussion. ■



17 Vgl. wiederum meine Dissertation, a. a. O.

18 Selbst Oskar Lafontaine sah das Problem so, als er sich gegen die Einwanderung „Deutscher“ aus dem Osten aussprach, gleichzeitig aber die hier aufgewachsenen „Ausländer“, die „deutscher“ seien als jene Deutschen, verteidigte. Die Zuwanderung befürwortete dagegen Heiner Geißler, der eine Zufuhr junger Arbeitskräfte, die für die Aufrechterhaltung des Systems und die Renten der älteren deutschen Bevölkerung arbeitet, für notwendig hält.

19 Vgl. z. B. Dele Olowu, Korruption in Nigeria, *Prokla* 85, Dez. 1991, S. 582-601.

20 Vgl. z. B. Axelle Kabou, *Weder arm noch ohnmächtig. Eine Streitschrift gegen schwarze Eliten und weiße Helfer*, Basel (Lenos) 1993.

21 Manche der Konflikte sind auf diese Weise auch zumindest oberflächlich bereinigt worden oder stehen vor einer Vermittlung (El Salvador, Israel-Palästina, Südafrika, Irland). Andere „Vermittlungsmissionen“ sind (bisher mehr oder weniger) kläglich gescheitert (Somalia, Ruanda, Angola, Kambodscha, Marokko-Westsahara).

22 Alle diese „Unternehmer“ aber haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen.

23 Auch die Gruppen der hier als „ZentralistInnen“ bezeichneten Individuen sind in vielerlei Hinsicht partikularistisch. Sie geben sich aber aufgrund der „alten“ Gleichsetzung von Ökonomie und Gesamtsystem als einzig dem System dienend. Die Orientierung der Ökonomie auf den Individualverkehr oder eine stark ausgebaute Chemieindustrie erscheint vor diesem Hintergrund als sinnvolle Entscheidung in der Systemkonkurrenz.